

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	92 (1998)
Heft:	7-8
Rubrik:	Kolumne : weshalb der UNO-Beitritt der Schweiz eine Volksinitiative wert ist

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weshalb der UNO-Beitritt der Schweiz eine Volksinitiative wert ist

Das hat es in der 107jährigen Geschichte der eidgenössischen Volksinitiative noch nie gegeben: Ein Bundesrat, zufälligerweise der Bundespräsident selbst, unterstützt die Anliegen einer Volksinitiative, noch bevor diese lanciert wird. Auch der Nationalrat hat vor einigen Wochen den Bundesrat beauftragt, den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen in die Wege zu leiten.

Die Frage nach der Motivationsspritze

Weshalb soll eine *Volksinitiative für den UNO-Beitritt* der Schweiz trotzdem nötig sein? Schliesslich gibt es derzeit viele Gründe dafür, vorsichtig zu sein mit der Lancierung von Volksinitiativen.

So bedeuten die mindestens *vierzehn Volksbegehren*, die dieses Jahr lanciert werden, ebenfalls einen neuen Rekord in der Geschichte der Volksrechte. Gleichzeitig sind immer mehr Demokratinnen und Demokraten *sammelmüde* geworden. Und viele Organisationen fühlen sich überfordert durch Vorstösse, die sie zwar ideell unterstützen, jedoch nicht selber lanciert haben. Hier liegt einer der wesentlichen Gründe für das vorzeitige Scheitern der Arbeitsumverteilungsinitiative (GeGaV).

Die Zahl derjenigen, die willens sind, einige Stunden pro Woche Unterschriften zu sammeln, wird eher kleiner. Zudem wird der Aufwand pro gesammelte Unterschrift eher grösser, weil mittlerweile mehr als die Hälfte aller Stimmenden gar nicht mehr an die Urne gehen, sondern ihre Stimmzettel brieflich einreichen. Hinzu kommt, dass zum Unterschriftensammeln gleichsam eine *politisch-emotionale Stimmung* gehört: Viele engagieren sich, weil es sie ärgert, dass etwas Falsches passiert, oder weil sie sich ärgern, dass nichts passiert,

und sie finden, nun müsse endlich «von unten» Druck gemacht werden. Jedenfalls braucht es, wie Hansjörg Braunschweig einmal sagte, eine freudige Lust oder eine tiefe Verärgerung als Motivationsspritze.

Dies ist bei der UNO-Volksinitiative nicht anders. Nur ist sie möglicherweise eher kopf- als bauchlastig. Sie beruht mehr auf gemeinsam erarbeiteten Einsichten. Aber es sind Einsichten, welche auch Bundespräsident Cotti teilt, weshalb eben die bundesrätliche Befürwortung der UNO-Volksinitiative nicht Ausdruck von «Führungsschwäche», sondern der besonderen mentalen Lage der Nation geschuldet ist. Um diese mentale Lage zu verstehen und gleichzeitig Wege zur Überwindung der *nationalen Blockierung* auszuloten, helfen sowohl Erkenntnisse über das, was eine Volksinitiative eigentlich ist, als auch Einblicke in die historische Umbruchssituation, in der sich die Schweiz als Kollektiv derzeit mehrheitlich befindet.

Notwendige Kommunikationsleistung

Eine Volksinitiative ist ein mehrjähriger Prozess mit verschiedenen Stadien und Charakteristiken. Während der drei Phasen der *Vorbereitung*, der *Lancierung* und der maximal achtzehnmonatigen *Unterschriftensammlung* ist eine Volksinitiative primär ein Kommunikationsprozess mit Hunderttausenden von kleineren und grösseren direkten und indirekten Kontakten von Bürgerinnen und Bürgern. In diesen Gesprächen und Auseinandersetzungen zu zweit, zu dritt, in einer grösseren Versammlung, aber auch im Zwiegespräch mit sich selber, werden Argumente zur Kenntnis genommen, bedacht, widerlegt, verworfen und neu formuliert.

Genau diese Kommunikationsleistung hat heute der UNO-Beitritt nötig. Sie kann durch kein parlamentarisches oder Regierungshandeln ersetzt werden. Nur eine Volksinitiative drängt der Öffentlichkeit eine Frage auf, die sie sonst nicht aufnehmen würde. Kommunikationstheoretisch kann eine Volksinitiative als *Frage einer Minderheit an die Mehrheit* verstanden werden; mit der Möglichkeit, eine gesellschaftliche Diskussion auszulösen, und dem Recht, sofern die 100 000 notwendigen Unterschriften beigebracht werden können, auf die Frage eine Antwort der Mehrheit zu bekommen.

Dieser Diskussionsprozess ist aus zwei Gründen sinnvoll und notwendig. Einerseits gilt es daran zu erinnern, dass vor 1986 Regierung und Parlament ebenfalls den UNO-Beitritt begrüßt hatten, jedoch von nur einem Viertel der Stimmenden unterstützt wurden. Ich sehe in jener Ablehnung der UNO gleichsam den *Kulminationspunkt der schweizerischen Nachkriegsmentalität* nach dem Motto: Die Welt besteht aus der Schweiz «und dem Rest, wobei der Rest uns, die wir besser sind als er, ausserhalb des Geschäfts nichts angeht».

Das Ende der Nachkriegspolitik

Seither hat sich nicht nur weltpolitisch Grundlegendes verändert, sondern auch die Schweiz hat gemerkt, dass ihre *politische Abwendung von der Welt* sie einsam und verletzlich werden liess, ganz abgesehen vom Unverständnis, auf das sie fast überall stösst und das uns nicht erlaubt, Erfahrungen einzubringen in die Gestaltung transnationaler Institutionen, die unsere künftige Existenz ebenso prägen werden wie diejenige aller anderen Mitweltbürgerinnen und -bürger.

Gewiss ist die *schweizerische Gesellschaft* ob der Notwendigkeit einer neuen Zuwendung zur Welt noch *gespalten*. Doch genau diese Spaltung lässt sich nur aufheben durch eine kommunikative Anstrengung. Wobei die Debatte vor der ohnehin notwendigen Volksabstimmung nicht ausreicht. Denn je näher der Abstimmungster-

min rückt, desto blockierter wird die Diskussion und desto kleiner die Freiheit der Beteiligten, tatsächlich nachzudenken und Gegenargumente aufzunehmen. Deshalb ist die Debatte während der Unterschriftensammlung sowohl ungezwungener als auch ertragreicher.

Diese Debatte sollte vor allem das Gefühl vermitteln, so wie in den vergangenen 50 Jahren könnte man wohl tatsächlich nicht weiter mit der Welt umgehen, so dass die Initiative dann auch der plakativen nationalkonservativen Propaganda der Gegenseite standhielte. So könnte die UNO-Volksabstimmung nach den Referendumsabstimmungen zu den bilateralen Verträgen mit der EU ebenso zu einem Wendepunkt für eine *neue Aussenpolitik* der Schweiz im 21. Jahrhundert werden, wie das Nein von 1986 als Symbol der alten, der Welt abgewandten schweizerischen Politik der Nachkriegszeit angesehen werden kann.

Die Initiantinnen und Initianten der Volksinitiative für einen UNO-Beitritt, deren Lancierung für den kommenden September vorgesehen ist, haben auch ein entsprechendes Initiativkonzept erarbeitet, verbreitet und die ersten 400 Trägerinnen und Träger – namentlich von SPS, GPS bis zu CVP, FDP und SVP-Ständerat Zimmerli – gefunden. Im Kern versucht das Konzept die Lehren aus den *direktdemokratischen Erfahrungen* der jüngsten Zeit zu ziehen: Für einmal soll die politische Arbeit nicht an andere delegiert werden, sondern 1250 Menschen werden sich verpflichten, in wenigen Monaten 100 Unterschriften zu sammeln und die damit verbundenen Gesprächsarbeit auf sich zu nehmen.

Der Bundesrat hätte ohne unseren Willen, diese Initiative für den UNO-Beitritt der Schweiz zu lancieren, sich kaum derart auf sein strategisches Ziel besonnen. Nun liegt es an uns, diese Arbeit für eine *weltverträglichere Schweiz* aufzunehmen. Auch ein langer Weg beginnt bekanntlich mit dem ersten Schritt, und dieser fällt allen leichter, wenn sie sich bewusst sein dürfen, dass sie ihn nicht alleine wagen müssen.

Andreas Gross